

Neue Zeitung

Viertundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 269.

Halle, Sonnabend, den 19. Juni 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Bezugspreise:

Die Halle monatlich für zweimonatliche
Lieferung 6.00 Mark, vierteljährlich
18.00 Mark, durch die Post 18.00 Mark,
auschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlich. Zeitungsverzeichnis unter
E-Zeitung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr ab-
genommen. Redaktionsamt mit der
Halle an der Ecke Leipziger G.
Halle, Fernr. der Geschäftsleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1138
u. 7411, der Zeitschriften-Abtlg. Nr. 11333

Anzeigenpreise:

Die halbspaltige 34 mm breite Milli-
meter-Spalt oder deren Raum 40 Pf.,
ganzeinzeigige 40 Pf., Restanzeigen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle in händliche
Anzeigen-Scheite. Erfüllungstermin
3 Tage. Erscheinung täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Erscheinung und Haupt-
geschäftsstelle: Halle, Neue Promen-
ade bei Dr. Graubardt, 17.
Hafen- Geschäftsstelle: Große
Leipzigerstr. 52 und Markt 24
Verlagsgesellschaft Leipzig Nr. 4609.

Die Unabhängigen lehnen den Eintritt in die Koalitionsregierung ab.

Berlin, 11. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Der Schritt des Reichsanwalts Müller, der heute vom Reichspräsidenten über den Antrag erfüllt, die der Unabhängigen Partei vorzuziehen und diese zum Eintritt in eine Koalition zu bewegen, ist, wie voraus zu sehen war, ergebnislos verlaufen. Die Unabhängige Partei hat den Eintritt in ein Koalitionparlament abgelehnt. Sie hat dazu eine lange und ausführliche Begründung gegeben, in der gesagt wird, daß die Politik der bisherigen Koalition geeignet habe, daß eine fruchtbringende sozialistische Politik im Rahmen einer Koalition mit bürgerlichen Parteien nicht möglich sei. Unter diesen Bedingungen könne für die Unabhängigen sozialdemokratische Partei von einem Eintritt in die Regierung, der auch bürgerliche Parteien angehören, nicht die Rede sein.

Die neuen demokratischen Reichstagsabgeordneten.

Die neuen 311 Mitglieder der demokratischen Reichstagsfraktion sind neben 33 bisherigen Mitgliedern der Nationalversammlung die 12 Reichstagsabgeordneten:
Generaldirektor Friedrich Fied in Würzburg, gewählt auf der Reichsliste. Er ist der Leiter eines großen industriellen Unternehmens und zählt zu den bedeutendsten bayerischen Industriellen Bayerns.
Hofstaatsanwalt Dr. Hermann Fischer, in Berlin, früher in Köln, ev. ist in weitesten Kreisen bekannt als der frühere Vorsitzende des Reichsausschusses der Nationalliberalen Jugend. Er warurl in den bürgerlichen Wirtschaftskreisen. Dr. Fischer ist in Magdeburg am 22. November 1873 geboren, seitdem freitragend nach Köln über, studierte in Bonn und Straßburg Rechtswissenschaften und ist seit dem 30. Novbr. 1900 Rechtsanwalt, zuerst beim Oberlandesgericht Köln, jetzt am Landgericht Berlin. Neben seiner Anwaltsstätigkeit war Dr. Fischer tätig im Schöffenausschuss der Kreisvereine als Richter. Fünf Jahre gehörte er dem Vorstand der Internationalen Volkspartei (Völkervereinigung). Danach der Internationalen Volkspartei (Völkervereinigung). Danach der Internationalen Volkspartei (Völkervereinigung).
Reichswehrminister Dr. Otto Geßler, gewählt auf der Reichsliste, ist im 45. Lebensjahre. Er wurde am 6. Februar 1875 in Obensiebenbrunn geboren, studierte in Erlangen Rechtswissenschaften und trat dann in die juristische Laufbahn ein. Er war u. a. langere Zeit Hilfsarbeiter im bayerischen Justizministerium, Staatsanwalt in Straubing und wurde 1905 als Gemeinderat nach München berufen. 1910 wurde er mit den liberalen Stimmen zum ersten Bürgermeister von Regensburg gewählt und 1913 trat er als Nachfolger des Oberbürgermeisters Dr. von Schulz an die Spitze der Kommunalverwaltung von Nürnberg. In dieser Stellung hat er sich während einer sechsjährigen Amtszeit als Mann vollen großer Tatkraft und Initiative bewiesen. Am Oktober 1919 übernahm er die Leitung des Regensburger Aufbauministeriums. Das Vertrauen, das er sich in dieser Stellung rasch erworben, ließ sich im März 1920, als nach dem Kapz-Putsch Rasse zurücktrat, als den geeigneten Mann für die Leitung des Reichswehrministeriums erkennen.
Prof. Walter Göß, der Historiker an der Universität Leipzig, ist der Sohn des Volkshelden und Führers der Turnerschaft Ferdinand Göß. Er ist am 11. November 1887 in Weimar geboren, studierte in Freiburg, München und Leipzig Geschichte und Staatswissenschaften, wurde im Dezember 1907 in München und von 1905 bis zu seiner Berufung nach Leipzig ordentlicher Professor in Tübingen. Er ist für Leipzig gewählt.
Staatsminister Dr. Johannes Fieber, in Stuttgart, gewählt auf der Reichsliste, ist geboren am 25. Juni 1882 in Wobhausen. Er studierte in Tübingen und Göttingen Philosophie und Theologie, wurde 1892 Professor am Karls-Gymnasium in Stuttgart. Er ist zweiter Vizepräsident des evangelischen Bundes. Von 1893 bis 1912 gehörte er als Führer der Nationalliberalen dem Reichstag an, seit 1900 der liberalen Reichsversammlung.
Otto Franz Reikhs (gewählt auf der Reichsliste) hat schon von 1912-18 dem Reichstag als nationalliberaler Mitglied angehört. Er ist geboren am 22. November 1879 in Gausen. Er erhielt seine Schulbildung auf dem Gymnasium in Wehlendorf, besuchte das evangelisch-theologische Seminar in Marlowen und Staubeuren, sowie die Universität Tübingen. Nach dem Studium von Mathematik und Volkswirtschaft wurde er angestellt als Oberrechner in Stuttgart, von 1905-10 war er tätig als Generalrechner der nationalliberalen Partei in Württemberg. Seit einigen Jahren lebt er in Berlin als Leiter wirtschaftlicher Vereine; er ist geschäftsführendes Präsidialmitglied des Zentralverbandes des deutschen Großhandels und bekannt als hervorragender Kenner unseres Wirtschaftslebens.
Tischler- u. Innungsmeister Wilhelm Knieß in Kassel-Wilhelmshöhe (gewählt auf der Reichsliste) ist weiten Kreisen bekannt geworden als Vorstandmitglied des Hanauischen Kreis-Vereins in Oberhessen, besuchte das Gymnasium in der Universität zu Gießen, war Pfarrer in Darmstadt, Königsfelden und seit acht Jahren in Nieder-Ingelheim am Rhein. Im Kriege war er freiwilliger Feldgeistlicher. Von 1911-18 Reichlicher Amtsabgeordneter. Er ist besonders interessiert für die Fragen der Schule und der Landwirtschaft.
Pfarrer Adolf Korfelt, Vertreter für den 22. Wahlkreis Weissen-Darmstadt, geboren am 20. März 1872 zu Ober-Gleis (Kreis Wiesbaden in Oberhessen), besuchte das Gymnasium in der Universität zu Gießen, war Pfarrer in Darmstadt, Königsfelden und seit acht Jahren in Nieder-Ingelheim am Rhein. Im Kriege war er freiwilliger Feldgeistlicher. Von 1911-18 Reichlicher Amtsabgeordneter. Er ist besonders interessiert für die Fragen der Schule und der Landwirtschaft.
Pfrarr Otto Korfelt in Oberland bei Weissenau (gewählt auf der Reichsliste) ist ein Führer des Deutschen Bauernbundes.
Otto Karl Cäsar Schmidt, geboren am 30. Januar 1877 zu Altona, als Sohn des Baumeisters Heinrich Schmidt, besuchte die dortige Ansbürgerische Schule bis zu seinem 14. Lebensjahre und trat alsdann, einer Vorliebe für das Handwerk folgend, als Lehrling bei einem Hamburger Meister ein, um die Kunst- und Tischlerei zu erlernen. Diese Vorliebe im Handwerk war für ihn zugleich ein Begehrt für gewerkschaftliches Denken und Handeln. Schon früh war er Helfer in Organisations- und Propagandaarbeiten und gleichzeitig sein eifriges Studium durch Besuch von Fortbildungskursen und ununterbrochenes Selbststudium ergänzt und mehrte. Mangelnde Körperkräfte zwangen ihn zur Aufgabe des Handwerks. Am 1. Oktober 1895 trat er bei der Eisenbahnverwaltung als Gehilfe im mittleren Dienst ein. Nach langer Wartezeit und Ablegung vieler Prüfungen wurde er 1907 als Weichensteller etatsmäßiger Beamter, 1917 Eisenbahn-Mechaniker und 1920 Mittlereisenführer.
Seine Vorliebe für soziale Einrichtungen, lokale Betätigung und Selbstbildungsanstrengungen der Beamten und die Arbeiten ihrer Fortorganisationsarbeiten haben ihn in führende Stellen der Beamtenbewegung getragen. In Hamburg war er Schriftführer des Ortsrats des Deutschen Beamtenbundes und des Bezirksvereins des Eisenbahnmitarbeitervereins, Schriftleiter der Ortsausgabe der „Gemeinschaft“ in Hamburg und der „Wochenblatt des Eisenbahnmitarbeitervereins“. Ferner war er Vorstandsmittglied des Eisenbahnvereins in Wilhelmshagen (Ebe), eines der größten Arbeitervereine in Eisenbahnarbeit. Dabei war er Vorsitzender des Beamtenbundes und Kreisorganisationsleiter für den Landkreis Harburg (Ebe). Infolge Wahl zum Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes Deutscher Eisenbahnmitarbeiter siedelte er im Juli 1919 nach Berlin über. Er ist gewählt auf der Reichsliste.
Ingenieur Carl Friedrich von Siemens, der neue Vertreter für Berlin, geboren zu Charlottenburg am 3. September 1872, ist der fünfte Sohn von Werner Siemens. Er studierte in Berlin, Straßburg und München. Nach wichtigem Aufenthalt in Paris, London und Paris trat er im Jahre 1890 in die Firma Siemens und Halske ein. 1900 ging er nach London zu Siemens Brothers und übernahm einige Zeit darauf die Leitung der Starstrom-Abteilung. 1909 kam er zurück und übernahm im Jahre 1912 den Vorsitz im Direktorium der Siemens-Schuckertwerke G. m. b. H. Am Herbst 1919 legte er nach dem Tode seines Bruders Wilhelm den Vorsitz im Direktorium nieder und übernahm den Vorsitz im Aufsichtsrat der Siemens u. Halske A. G. und der Siemens-Schuckertwerke G. m. b. H. Der Siemens-Konzern hatte durch die ersten Arbeiter auf dem Telegraphen- und Seefachgebiet eine große internationale Ausdehnung bekommen und unterhielt eigene Fabriken außer in Deutschland in Oesterreich, England, Rußland, Frankreich und Spanien. Er beschäftigte 85.000 Angestellte und Arbeiter. Im Krieg sind die englischen und französischen Häuser durch die feindlichen Regierungen stillgelegt worden. Die Zentralleitung des Konzerns liegt in Deutschland, hier beschäftigt der Siemens-Konzern heute mehr als 58.000 Manneskräfte und Arbeiter.
Herr E. u. a. n. n. der im Wahlkreisverband Mecklenburg-Vorpommern gewählt ist, hat dem Reichstag nach dem Tode des nationalliberalen Herrn Roland-Bühle schon am letzten Reichstag für den Wahlkreis Mecklenburg-Vorpommern angehört. Er war viel Jahre hindurch Syndikus des Vereins Hamburger Redner und galt in dieser Stellung als „rechte Hand“ von Biedler. Er erweist sich in der deutschen Handelswelt sehr großer Berücksichtigung.
„Bürgerliche Mehrheit“ schreibt:
Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt:
Es ist interessant, wie auch jetzt, nach den Wahlen, die Extreme sich wieder berühren. Für die Deutschnationalen, soweit sie nicht in ihrem radikalsten Teile unter Führung des Herrn Wulle die positive Mitarbeit an der demokratischen Republik von vornherein verweigern, gäbe es offenbar nur eine Kombination, in der sie eine Rolle spielen könnten, das wäre die Koalition aller „bürgerlichen“ Parteien gegen die sozialistischen Organisationen. Und gegen dies ist die sozialistische Bewegung die „bürgerliche“ Partei. Sie wollen die immer tiefer Spaltung des Volkes in Reaktion und revolutionäre Masse, bis zu dem Entschiedenstehen, der nach der Meinung der heute

bei ihnen das große Wort führenden (denen Hugo Käpfer unter ihnen sehen könnte) die ungeheuren Gefahren) mit dem Siege des Proletariats enden müsse. Zudem: daß alles, was nicht Klassenformulierung proletarisch ist, einfach einseitig reaktionär sei, das ist in der Tat einseitig einseitig einseitiges Dogma. Deshalb ist es immerhin bemerkenswert, daß der „Vorwärts“ jetzt dieses Dogma als das abtut, was es ist, nämlich als Unfug. Das mehrheitssozialistische Zentralorgan schreibt:
Daß es den Rechtsparteien gelingen wird, das Zentrum und Demokraten geschlossen zu sich hinüber zu führen, ist in hohem Grade unwahrscheinlich. Es darf doch nicht übersehen werden, daß das Bürgertum ebensowenig wie früher die Arbeiterklasse in der Genußgesellschaft und daß die „reaktionäre Masse“, von der schon Marx und Engels nichts wissen wollten, in der Wirklichkeit nicht existiert. Darum scheint uns der Eifer, mit dem die „Freiheit“ den Parteien des Apparatstusches die legitime Übernahme der Macht anbietet, ein wenig überreizt.
Der „Vorwärts“ hat ganz recht. Und er kann, wie in der demokratischen Presse, die sich von Anfang an entwickelte gegen eine solche bürgerliche Rechts-Kombination unter Ausschluß der Arbeiterklasse gewandt hat, eine Begründung dafür, die sich auch in der Genußgesellschaft finden. Die „Genußgesellschaft“, das „führende“ Berlin, Zentrum, hat, ist freiheitlich nämlich über diesen Gedanken einer bürgerlichen Mehrheit.
Im allgemeinen darf man sagen, daß eine wesentliche Veränderung in dem Staatserhältnis zwischen Bürgerum und Sozialdemokratie nicht stattgefunden hat. Wir haben, genau wie im Vorjahr, eine kleine bürgerliche Mehrheit im Parlament. Aber so wenig wie die Nationalversammlung im Ersten daran denken konnte, mit dieser Mehrheit die Regierung gegen die gefamte Sozialdemokratie zu errichten, so wenig dürfte der Gewaltsame heute denken. Am Vorjahr war das Bürgerum ziemlich einig und geschlossen in den Wahlkampf gezogen unter der gemeinsamen Parole, eine sozialistische Mehrheit und damit einen sozialistischen Staat in Deutschland zu verhindern. Seitdem sind viele Gegenstände im Bürgerum hervorgetreten, vor allem dann einer rein parteipolitisch interessierten rücksichtslosen Agitation der Rechten. Darum kann man heute von einem einigen Bürgerum ganz sicher nicht mehr reden. Doch ist das nicht einmal die einzige Schwierigkeit, die sich auftut, wenn man versuchen will, mit den bürgerlichen Parteien allein zu regieren. Auf der einen Seite würde sich nämlich im gleichen Augenblick der gegenwärtige Prozess wie im Bürgerum vollziehen: die bisher gefamte Sozialdemokratie würde zu einer einheitlichen Front wieder zusammenschließen. Einem zerfallenen Bürgerum würde ein roter Staat gegenüberstehen, der durch seine Geschlossenheit reichlich das an Stichtkraft erweist, was ihm an Zahl im Vergleich zu anderen Seiten fehlt. Dabei ist nicht einmal das Bewusstsein im Bewusstsein, mit dem eine sozialistische Mehrheit, verhältnismäßig leicht, das ganze Wirtschaftsleben, sobald es ihr in den Krampf fällt, lahm zu legen vermöge. Dem Generalstreik hätte das Bürgerum kein gleichwertiges Mittel entgegenzustellen, da es nicht über die Arme verfügt, das Wirtschaftselben allein in Gang zu bringen, und nicht über die militärische Gewalt, die Arbeitermassen in Schach zu halten.
Diese Ausführungen des Berliner Zentralblattes mögen denen erneut zu denken geben, die aus Verdrägerung über Dinge, die im wesentlichen eine traurige Folge des erloschenen Krieges waren, jetzt den Rechtsparteien ihre fürderliche Verdrägerung und haben die Gefahren einer neuen Radikalisierung der unterbestimmten Arbeitermassen.
Eröffnung der Reichskaufkonferenz.
Berlin, 11. Juni. Die Reichskaufkonferenz wurde heute vormittag im großen Saal des Reichstagsgebäudes vom Reichsminister Koch mit einer Willkommenansprache eröffnet. Der Minister wies darauf hin, daß die Konferenz einen Anstoß zu der großen Selbsterneuerung der kommenden Jahre über das Schlußwort sein sollte. Die Bahn sei frei zu ruhigen, besonnenen und überlegenden Fortschritten. Unter dem Befehl des ganzen Saals führte er aus, daß es sich nach dem leidenschaftlichen Wahlkampf Zeit sei, sich zu befinden auf die gemeinsame kulturelle Arbeit.
Die Konferenz in Spa.
Berlin, 11. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Die Spanische, die über den Bericht auf die Konferenz in Spa berichtet, ruft in amtlichen Kreisen lebhaften Widerspruch hervor, istern Frankreich den von ihm ebenfalls anzuhebenden Fortfall der Konferenz mit dem deutschen Vorschlag begründen will. Man sieht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß Deutschland weder den Rücksichtsmoment der Konferenz noch den Auffassungsdruck, sondern den baldigen Beginn der Beratungen. Die Reichsregierung ist zur Unterstützung deutscher Vertreter zum 21. Juni bereit, und der Reichskanzler und Reichsminister des Reichens haben vorläufig die Gesandtschaften zu führen. Der wahre Grund des französischen Bedenkens, Spa zu verzeihen, wird in den amtlichen Kreisen darin erblickt, daß Frankreich neuen vertraglichen Bindungen seiner einseitigen Wirtschaftspolitik gegenüber Deutschland und einer Kontrolle der Alliierten gegenüber möglichst entgegenwäre. Die denn auch die Pariser Beschlüsse offen eingeleitet, daß Frankreich bei energischem Vorgehen auf eigene Hand mehr erreichen werde als in Spa. Das Schicksal von Spa wird wohl

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200612010/fragment/page=0001

Deutsches Reich.

Die Braunschweiger Regierungswahl abermals versagt. Die Wahl der neuen Landesregierung ist wegen abermaliger Befähigungslosigkeit der Landesverordneten am 15. Juni verfallen.

Der Währungsstreit der Bauernschaft des Landkreises Hain ist beendet. Die Bauern verpflichten sich, die Milch zu dem bisherigen Höchstpreise weiter zu liefern. Es werden aber sofort weitergehende Forderungen geltend machen, die auch anerkannt werden sollen. Die gegen die Bauern verhängten Strafen, 150 Mark für jeden Tag Streik, werden zurückgenommen.

Der deutsche Staatsbund teilt mit, daß die Einpreisfrist für die Abkündigungsberechtigten in Österreich bis zum 20. Juni verlängert worden ist. Stimmberechtigte, die den Wahlzweck bis zum 15. Juni noch nicht erhalten haben, tun daher gut, unverzüglich bei der Abstimmungskommission ihres Geburtsortes Einspruch zu erheben.

54 deutsche Kriegswaffen von den Polen auf die Straße gesetzt. Das Kriegswaffenhaus Samter ist von den Polen geschlossen worden. 54 Kriegswaffen deutscher und polnischer Nationalität mußten binnen 14 Tagen die Anstalt verlassen, ohne daß sich die polnische Regierung darum kümmerte, was aus den Säubern wurde. Die polnische Regierung hat diesen Rechtsbruch während der Abwesenheit des Leiters des Waffenhauses ausgeübt, um das durch Liebesgaben der Deutschen geschaffene Werk ohne Rücksicht auf die Folgen an sich zu reißen. Das Kriegswaffenhaus Samter war durch Liebesgaben aus allen deutschen Bevölkerungsschichten errichtet worden, und durch seine Sammelbeiträge war sein Besitz zum Millionenwert anemachien. Die Deutschen in Samter nahmen sich der auf die Straße gesetzten, in so brutaler Weise vertriebenen Waffen an, und die Kinder sind nun in die Kriegswaffenhäuser in Danabrud und Rastow gebracht worden.

Die Währungsstreit des Berliner Markanters verlustet Donnerstagabend dementsprechend in das Berliner Rathaus eintraten, um eine Abordnung von mehreren Hilfskräften im Rathaus mit den Stadtobernaten vorzubehalten. Es wurden aufreißende Anproben gehalten, so daß die Menge immer unruhiger wurde, bis schließlich verhandelt wurde, daß die Stadtobernaten ihre Forderungen angenommen hätten. Der preussische Verfassungsausschuss nimmt unbedeutend durch die polnische Fage keine Beratungen am Dienstag auf.

Ausland.

Esster Karl will nach Ungarn.

Wien, 10. Juni. Die Arbeiterzeitung veröffentlicht eine Mitteilung aus Rotterdam, daß in belgischen Kreisen verlautet, Esster Karl habe sich an die Entente-Regierung mit der Bitte gewandt, seine Rückkehr nach Ungarn zu gestatten. Der Esster behauptet, daß er in der Schweiz wegen Mangels an Geldmitteln nicht bleiben könne, während er in Ungarn als Privatmann auf seinen Gütern leben könne.

Die sterreichische Anschlussfrage.

Wien, 11. Juni. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, hat der Salzburger Landtag gestern folgenden Beschluß gefaßt: „Der Landtag hat beantragt, den Anschluß an Deutschland bzw. Bayern nach wie vor energisch weiter zu verfolgen. Es wurde getrennt abgelehnt. Die Worte „ohne an Bayern“ bildeten den zweiten Antrag, der ohne die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wurde. Die sozialdemokratische Partei kennzeichnet ihren Standpunkt dahin, daß sie nur für den Anschluß der ganzen Republik an das deutsche Reich und nicht für einen länderweisen Anschluß eintrete.“

Die Lage in Albanien.

Paris, 11. Juni. Ein Telegramm an den „Temps“ aus Salonica vom 9. Juni besagt, daß die dortige Lage als kritisch sei. Die Stadt sei von den Rebellen umzingelt,

die bis auf zwei Kilometer herangekommen seien und die von den italienischen Truppen verlassenen Stellungen besetzt hätten. Der italienische Befehlshaber habe Verdrängungsstellungen anlegen lassen. Der „Temps“ fügt hinzu: Zwischen Esad Pascha und der Belgrader Regierung sei ein Abkommen zustande gekommen. Nach diesem wolle Esad Pascha seinen ganzen Einfluß in Albanien für Südslawien einsetzen, das seinerzeit die Unabhängigkeit Albanien schätzte und Esad Pascha zum Gouverneur auf Lebenszeit ernennen würde. Nach dem Abbruch Esads würden seine Rechte auf den albanischen Thron auf Südslawien übergehen.

Der baltische Seemannsstreik beendet.

Kopenhagen, 11. Juni. Der Hafenarbeiter- und Seemannsstreik ist beendet, da die Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu einer Einigung geführt haben.

Polen und Sowjetrußland.

Amsterdam, 10. Juni. Laut „Times“ hergestellte von Turner nach. Bei Beginn der politischen Diskussion hätten die russischen Sozialrevolutionäre, die mit den bolschewistischen Revolutionären über Sozialismus und persönliche Freiheit nicht einverstanden seien, die Meinungsverschiedenheiten zurückgestellt und zusammen mit den Menschwiki beschlossen, die bolschewistische Regierung zu unterstützen, bis der Krieg mit Polen beendet sei. Turner erklärte weiter, die Delegation werde in ihrem Bericht empfehlen, die Handelsbeziehungen mit Rußland wieder auszuheben und jede Hilfe an Polen und andere Länder, die gegen Rußland auftraten, einzustellen.

Sowjetrußland und England.

Amsterdam, 11. Juni. Lord George tauchte gestern im Unterhaus die Frage der auswärtigen Schuld Rußlands bei amidst der Regierung und den Sowjetvertretern desprochen worden.

Der Kampf zwischen Polen und Sowjetrußland.

Kopenhagen, 11. Juni. Nach einem Telegramm aus Warschau befragt der politische Korrespondent: Anzeichen der Fina und der oberen Bereiche hat die politische Genossenschaft in schweren Kämpfen den Widerstand des Feindes gebrochen. Es kam zu einer Umschichtung der Front, so daß die Kämpfe jetzt wieder in dem Gebiet ihrer Ausgangspunkte zusammenhaken. In den letzten Kämpfen hatte der Feind bedeutende Verluste. Die 12., 18. und 52. bolschewistische Division sind vollständig aufgelöst. In der Fina verlor der Feind Wierdand in offenen, stark eingemauerten Stellungen, die vom Oriene herstammten. Beim Brückenkopf Kiew jenseits des Dnieper strengten polnische Abteilungen die dort vereinigten bolschewistischen Streitkräfte auseinander, machten eine Anzahl Gefangene und erbeuteten Maschinenwaffen und zwei schwere Geschütze. Zwischen Dnieper und Dniester machten die polnisch-ukrainischen Truppen bedeutende Fortschritte. Ukrainische Abteilungen haben die Stadt Suman besetzt.

De Valera begibt sich nach Irland zurück.

Der gegenwärtige Präsident der irischen Republik, de Valera, der Oberhaupt der Sinn-Freier, der bei längerer Anwesenheit in den Vereinigten Staaten einen im ganzen recht erfolgreichen Feldzug zugunsten der irischen Republik bei den Amerikanern geführt hat, will sich jetzt nach seiner Heimatinsel zurückgeben.

England lehnt die Verantwortung für die Offensiv des Generals Wrangel ab.

London, 11. Juni. (Unterhaus.) In Erwiderung auf anerkennende Anfragen über die Offensiv des Generals Wrangel betonte Lord George, seit dem 31. März sei keine Munition an Demitris Streitkräfte geliefert worden. Wir haben dem General Wrangel Rat gemacht, sagte er, daß wir keine Verantwortung für ihn und seine Armee übernehmen, wenn er auf Offensiv schritte. Er hat dies getan, und die Verantwortung hierfür liegt nicht bei uns. Lord George teilte im Anschluß daran mit, daß die englische Mission zurückgezogen worden sei.

weil es aber auf die Erkenntnis der Missetätigkeit der Erziehungswelt ankomme, bewahren wir besser unseren europäischen, unseren deutschen Standpunkt.

Zur Hardt und das deutsche Nationaltheater zu Weimar.

Der Kritiker Dr. Albert Stern in Weimar veröffentlicht — Weimarer Verlag G. m. b. H. 1920 — eine „Zeit- und Streitfrage“, in der er dem Generalintendanten des Weimarer Nationaltheaters, Ernst Hardt, ein langes Sündenregister vorhält. In erster Linie behauptet die Schrift, Hardt pflege die Wurst nach der Gabeltiefe zu werfen, dann würde er unlogisch gegen die Künstler des Theaters handeln, Leute von anderen Verufen zum Schauspielerepaß überreden, um sie schließlich droffes sitzen zu lassen. Ferner schäme die Schrift an, was aus den 300 000 Mk. geworden sei, die die Nationalversammlung „zur Pflege vollständiger Theateraufführungen für das deutsche Volk, besonders für seine heranwachsende Jugend bewilligt habe. Nationaltheaterstücke des Schillerbundes hätten seitdem nicht stattgefunden. In bezug auf die Kritik könne Hardt Bornwirme nicht vertragen und mit den schäblichsten Mitteln — Anschläge im Theater, Verteilung von Zetteln im Publikum usw. — würde er gegen die Kritiker von Weimar kämpfen, die nicht seine Freunde seien. Was den Spielplan betreffe, so würde Hardt durchaus seine Pflicht auf das Publikum nehmen, das Weimarer Nationaltheater habe einen bereit manderwertigen Spielplan: Aufführungen gebe es so gut wie gar nicht. Dr. Albert Stern hat daraus die Konklusion: „Es ergibt sich, daß Herr Hardt, von unannehmbaren Regieleistungen abgesehen, das in seinem Telegramm an die Nationalversammlung vor der Eröffnungsfeier abgelegte erneute Gelöbnis, „das Vertrauen zu rechtfertigen, welches Volkserntretung und Reichsregierung in die künstlerische und pädagogische Arbeit des deutschen Nationaltheaters gesetzt haben“, in der Hauptfache, das ist: in der Gestaltung eines Spielplans, der einer führenden Bühne würdig ist, nicht erfüllt hat. Bei der Einseitigkeit seiner künstlerischen Richtung muß aber jede Verbesserung ausgeschlossen erscheinen, denn trotz aller Kritiker- und Betriebsräte bleibt noch der Intendant die tonangebende und Anregungen gebende Persönlichkeit. Daß Herr Hardt für diesen Posten unangelegentlich ist, wird jeder von ihm unabhängige Kunstverständige zugeben.“

in Übereinstimmung mit der zunehmenden Vertiefung des transatlantischen Verhältnisses gegenüber England in den Ostenfragen in Zusammenhang gebracht. Trozdem alle beschleunigt mit aller Entschiedenheit an dem Zustandekommen der Konferenz festgehalten werden muß, verschleiert man sich auch in amtlichen Kreisen nicht der Ansicht, daß es den fortgeschrittenen Bemühungen der französischen Regierung gelingen wird, die Konferenz zu hinterziehen. Angeblich ist eine sichere Hoffnung auf Spa auch in deutschen amtlichen Kreisen nicht mehr vorhanden.

Die amerikanischen Republikaner gegen den Völkerbund.

Chicago, 11. Juni. (Neuter.) Aus dem republikanischen Nationalkongress haben die „unveröhnlichen“ Senatoren gerade, aus der Partei ausgetreten, wenn diese sich nicht ausdrücklich gegen den Völkerbund erklärte, haben dann aber einem Kompromiß zugestimmt, nach welchem in die Plattform der Partei eine Erklärung für ein neues internationales Abkommen und einen Gerichtshof zur Beilegung aller internationaler Streitigkeiten eingefügt werden soll.

Reine französische Uebergänge in Oberösterreich.

Breslau, 11. Juni. Aus Olmütz wird gemeldet: Bürgermeister Dr. Geißler erhielt von dem hiesigen französischen General den Auftrag, über die Vorarbeiten seinen Bericht nach Berlin zu erstatten. Ferner die Genehmigung, einen für Freitag einberufenen Waffenverammlung im Stadtgarten, in der energischer Protest gegen das Überhand der französischen Soldaten erhoben werden sollte, nicht zu erteilen. Trotz Strafandrohung hatte er diesem Befehl mit der Begründung nicht entsprochen, daß zur Erstellung eines solchen Verbotes die Franzosen allein nicht befugt seien, vielmehr sei eine Entschließung der Militären, wozu auch die Engländer, Italiener und Amerikaner gehörten, erforderlich. Er ist deshalb heute vormittag seines Amtes enthoben worden.

Englands Vertretung im Völkerbund.

London, 10. Juni. Neuter glaubt zu wissen, daß der Unterstaatsminister Fisher an Stelle des Ministerpräsidenten Großbritanniens bei der am 14. Juni in London stattfindenden Sitzung des Völkerbundes vertreten wird.

Keine Uneinigkeit in der Entente.

Amsterdam, 11. Juni. Der diplomatische Mitarbeiter des „Evening Standard“ erklärte auf Grund einer Mitteilung von zuständiger Regierungsseite, die Behauptung, daß in der Entente eine Spaltung bestehe, sei unrichtig. Das Verhältnis von Hoover und Wilson sei höchst herzlich, und es gäbe keine Mißverständnisse und keine Uneinigkeit zwischen beiden Regierungen.

Die Orientpolitik Frankreichs.

W. Zürich, 11. Juni. (Eia. Drahtnachricht.) Ministerpräsident Millerand gab gestern vor der Kammerkommission für Auswärtiges Erklärungen über die Orientpolitik der französischen Regierung ab. Es handelte sich besonders um die Frage des Besizes von Mosul und um die Stellungnahme gegenüber Syrien. Die Berichte der Blätter stellen lediglich fest, daß die Verhandlungen einen lebhaften Charakter nahmen, gaben aber im übrigen nur wenig Einzelheiten. Es geht aus ihnen schließlich hervor, daß sich Millerand darauf beruft, in seiner Haltung gegenüber den wichtigsten Orientfragen durch die Verträge der Regierung Clemenceaux gebunden zu sein, was von Tardieu entschieden bestritten wird. Bei den Verhandlungen wurde auch die französische Politik gegenüber Deutschland berührt. Millerand führte zu diesem Punkte aus, daß er sich vollständig bei der Aufstellung der Kommission einmisse und daß der Kriegsminister in der nächsten Zeit Erklärungen über die Entlassung vor der Kommission abgeben werde.

Das deutsche Kunstwerk in Amerika.

(Nachdruck verboten.)

Als Wehmacht, sowie als politischer Faktor erster Ordnung haben wir unsere Geltung im Ausland verloren. Darum aber ist einem idealeren Element um so größere Stellung wieder verschrieben worden: der deutschen Kunst. Welch ein großes Feld uns Deutschen hier noch offen steht, berichtet Dr. Wilhelm K. A. K. in der vor dem Kriege einer der Leiter des New Yorker Metropolitanmuseums, der sich in einer Abhandlung über die großen amerikanischen Privatmuseen in „Kunst und Künstler“ auch zu der Frage der Geltung unserer deutschen Kunst in Amerika äußert.

Ueber die deutschen Kunstwerke in Amerika ist, so schreibt er, nicht allzuviel zu berichten; mer würdige, daß der Heimat keine Kunstwerke entzogen werden, mag sich freuen. Wer der deutschen Kunst Anerkennung im Auslande wünscht, daß ihre Erzeugnisse nur einen ganz geringen Prozentsatz des Bestandes amerikanischer Sammlungen ausmachen. Wie kommt es, daß sie in Amerika, ja überhaupt im Auslande verhältnismäßig so wenig Anklang finden? Einmal lag es wohl am deutschen Kunststande, der vor dem Kriege rieflich wenig im Interesse der deutschen Kunst arbeitete. Wenn die Bilder Degetters, Rautiers und ihres Kreises in den sechziger Jahren gut in den Vereinigten Staaten verkauft wurden, wenn die Holländer dank ihrer Geschäftigkeit im Kunsthandel schon vor dem Kriege für einen Maude oder Maros bis zu einer viertel Million Mark erzielten, so ist nicht einzusehen, warum nicht auch für die neuere deutsche Kunst der guter Rufelame ein ähnlicher Absatz zu erreichen gewesen wäre. Wir dürfen jedoch nicht verhehlen, daß es auch an dem Völkern der deutschen Kunst selbst lag, wenn sie sich im Auslande nicht die Geltung wie die Kunst anderer anderer Länder eroberte. Die wenigen Werke der frühmittelalterlichen deutschen Kunst, die nach Amerika gelangten, haben die gebührende Schätzung gefunden, die sie verdienen; die früheren Eisenbeine, Goldschmiedearbeiten und Miniaturen sind von Morgan und anderen Sammlern mit ungebührlichen Preisen bezahlt worden, und die rheinischen Emaillearbeiten des 12. und 13. Jahrhunderts werden im Handel höher bewertet als die französischen aus Limoges,

denen sie ja auch in der Tat künstlerisch überlegen sind. In vielen Werken der romanischen Kunst erkennt auch der Kenner die den Renaissance den Holzschnitten des 15. Jahrhunderts, der sich in leicht überzeugender Weise in dem feinen Stil Kunstgewerbe wie in den vierhunderterten rheinischen oder niederländischen Domen äußert. Die deutsche Epitaphik und der Renaissance, die Holzschnitzereien und die Gemälde der Zeit Dirers aber sind den Ausländern überlegen, zu gewöhnen im Auslande, und zu unverständlich in der Formenprache. So sehr der Amerikaner für Städte wie Nürnberg und Rotenburg schwärmt, so schwer kann er den altdeutschen Werken, wenn er sie, aus ihrer Umgebung losgerissen in Galerien betrachtet, Gehmaß abgewinnen. Er gebraucht ihnen gegenüber höchstens den „Ausdruck“ Quaints (sonderbar), und kann sich nur schwer entschließen, diese „Sonderarbeiten“ in seine Sammlungen aufzunehmen. Am ehesten noch ihm altdeutsche Bildnisse, vor allem die Holbeins zufällig, nicht allein weil Holbein lange in England war, sondern vor allem weil er klar in der Feniensführung und durchsichtig in seiner Auffassung des Menschen ist. Die zwei Gemälde Dirers, die in Amerika sind, ein schlecht erhaltenes Bildnis bei Mrs. Gardner und die Anna Goldbritt in der Sammlung Utman, die vor Jahren für ein paar Taler aus der Eschkeimer Galerie verkauft wurde, sind nicht sehr repräsentativ und erfreuen sich keiner großen Beliebtheit. Die deutsche Kunst des 19. Jahrhunderts aber hat sich nicht die Achtung wie die gleichzeitige französische erwerben können, weil sie nicht das Bild einwindernde Klarheit wie jene darbietet, nicht — das müssen wir offen bekennen — die Größe des Stils hatte, den man von der Kunst eines Volkes von 70 Millionen erwartete. Wie der Amerikaner 1870 zur Zeit des politischen Zusammenbruchs Frankreich die Bedeutung der französischen Kunst jener Tage richtig erkannte, so wird er auch den Wert der neuesten deutschen Kunst trotz unserer politischen Niederlage erkennen, wenn wir nur nicht erst von ihm voraussetzen, daß er nicht schon für sie eingetretet. Damit soll nicht gesagt werden, daß der amerikanische Markt für uns allzu klein sei. Die Ausmaß der Kunstwerke in den Privatmuseen der Vereinigten Staaten zeigt, darauf es dem Amerikaner vor allem ankommt. Er lebt starke Wirtungen, bald dekorativer, bald geistiger Art. Das Intime, Differenzierte ist nicht seine Sache. Von seinem Streben, sich immer an das Beste „demgemäß Gültige zu halten, können wir lernen. So

